

Der Ruf nach dem Staat bleibt verhalten

Die Parteienfinanzierung nach dem Rückzug der UBS

Mit der Krise verschärft sich die finanzielle Lage der Mitteparteien. Nun fordern sie indirekte Staatshilfen, denken über einen Fonds für Wirtschaftsspenden nach und hoffen auf mehr Kleinspender.

Der WWF Schweiz setzte im Geschäftsjahr 2007–2008 knapp 48 Millionen Franken um. Im Vergleich dazu fristen die schweizerischen Parteien ein geradezu spartanisches Dasein. CVP und FDP verfügen über Budgets von rund 3 Millionen Franken, die SP budgetiert für 2009 immerhin 4,3 Millionen Franken. Als kleinste der grossen Parteien bestritten die Grünen ihren Etat 2008 mit rund 1 Million Franken. Die SVP, die für Kampagnen auf die Spenderfreudigkeit Altbundesrat Christoph Blochers zählen kann, macht keine Angaben zu ihren Finanzen. Die politischen Gegner vermuten, das SVP-Budget belaufe sich auf rund 15 Millionen Franken. Unklar ist auch bei den anderen Parteien, inwieweit sie für Kampagnen zusätzliche Unterstützung erhalten.

Zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Dass FDP-Präsident Fulvio Pelli Anfang April auf Zuwendungen der staatlich gestützten UBS verzichtete und die Grossbank darauf die Einstellung ihrer Parteispenden verkündete, hat die triste Finanzlage der Mitteparteien ins öffentliche Bewusstsein zurückgerufen. Zwar beteuert man in den FDP- und CVP-Zentralen, der Ausfall der einigen hunderttausend Franken UBS-Gelder stelle keine existenzielle Bedrohung dar. Doch dürfte die einbrechende Konjunktur den Spielraum der Parteien weiter einengen – während ihr Aufwand in der direkten Mediendemokratie und dadurch auch die Spenden-Abhängigkeit seit längerem stetig steigen. Auf den Generalsekretariaten von FDP und CVP wird bereits hart gespart, doch riesig ist der Spielraum auf der Ausgabenseite nicht.

In Diskussionen über neue Einnahmequellen wird immer rasch der Ruf nach staatlicher Finanzierung laut – vereinzelt nun auch aus den Reihen von FDP und CVP. Undenkbar ist dies grundsätzlich nicht, werden die Parteien doch in den meisten westlichen Ländern vom Staat (mit)finanziert. Im Gegenzug sind sie einer rigiden Kontrolle unterworfen. Dennoch kann die Vermengung von Partikularinteressen und öffentlichem Geld zu Korruption und schwarzen Parteikassen führen, wie ein Blick in die Nachbarländer zeigt.

Zudem werden in solchen Modellen die professionalisierten Parteibürokratien als Teil des Staatsapparats wahrgenommen. In der Schweiz hingegen gelten die Parteien als Teil der Zivilgesellschaft. Finanziert werden sie von jenen, die ihre Interessen teilen. Der Bund hält sich zurück, hat dafür aber auch keine Kontrollmöglichkeiten.



Wandelhalle im Bundeshaus: Die Parteien sind auf der Suche nach Geld.

MICHAEL STAHL

Entsprechend sind die Parteien wenig professionalisiert und ohne Freiwilligenarbeit undenkbar. Als Element des Polit systems ist das Parteiensystem auch mit Milizprinzip und Föderalismus verknüpft: Eine Elite von Partei-Apparatschiks läuft der direktdemokratischen Kultur zuwider. Und bisher haben sich die Kantonalparteien stets gegen eine Staatsfinanzierung von oben gewehrt. Auch in der Krise halten die Spitzen von FDP und CVP daher tapfer am helvetischen Modell fest.

Indirekte Staatshilfe oder Spendenfonds?

Gänzlich ohne Staatshilfe kommen die Parteien indes auch in der Schweiz nicht aus. Erst im März hat das Parlament Steuerabzüge für Parteispenden von Privatpersonen bewilligt. Auch die Fraktionsbeiträge (jährlich 94 500 Franken pro Fraktion und 17 500 pro Parlamentarier) gelten als indirekte Staatshilfen. Denn der Staat entschädigt die Parteien für ihre institutionelle Funktion im Parlament, nicht aber für ihre inhaltliche Arbeit. Die Fraktionsbeiträge sind mehrmals schrittweise erhöht worden, und eine weitere Erhöhung scheint mehrheitsfähig: Die effektiven Kosten für die Fraktionsarbeit werden heute klar nicht gedeckt, meint FDP-Generalsekretär Stefan Brup-

bacher. Für SP-Nationalrat Hans-Jürg Fehr übernehmen die Parteien etwa mit der Rekrutierung des Politpersonals Staatsaufgaben. Und für CVP-Präsident Christophe Darbellay würden sich höhere Staatshilfen wegen des steigenden Aufwandes für Vernehmlassungsantworten rechtfertigen.

Doch eine kleine Erhöhung der Fraktionsbeiträge wäre für die Parteienfinanzierung nicht nachhaltig, ein namhafter Zustupf käme einer Einführung der Staatsfinanzierung durch die Hintertür gleich. Daher denkt Darbellay auch laut über ein neues Modell für Spenden aus der Wirtschaft nach. Dem Vernehmen nach üben gewisse global tätige Unternehmen oder Grossverleiher aufgrund interner Transparenzvorschriften Zurückhaltung mit nicht öffentlichen Parteispenden. Der CVP schwebt daher ein Fonds vor, der Spenden aus der Privatwirtschaft sammelt und nach klaren Kriterien an die wirtschaftsfreundlichen – sprich bürgerlichen – Parteien verteilt. Unklar ist, ob dabei auch Spenden von Firmen wie der Mobilbar berücksichtigt werden könnten, die im Sinne eines Sponsorings des Politbetriebs allen Parteien (inklusive SP) Spenden zukommen lassen.

Da SP und Grüne kaum auf Zuwendungen aus der Wirtschaft zählen können, ist ihr interner

Finanzierungsgrad höher als bei den Bürgerlichen: Die Kantonalparteien finanzieren die nationalen Parteien und liefern ihnen pro Einzelmitglied einen Fixbetrag ab. Eine wichtige Quelle sind laut GPS-Vizepräsidentin Franziska Teuscher auch die Abgaben von Mandatsträgern. Sie persönlich bezahle jährlich gegen 20 000 Franken für die nationale, die kantonale und die lokale Partei, erklärt Teuscher. Die Finanzen der Grünen sind dadurch aber stark an den politischen Erfolg gekoppelt: So hat die Abwahl des Neuenburger Staatsrats Ferdinand Cuhe seine Kantonalpartei auch finanziell ins Mark getroffen.

Als die SP um die Jahrtausendwende in finanziellen Turbulenzen steckte, holte Präsidentin Christiane Brunner ihren späteren Nachfolger Hans-Jürg Fehr als Sanierer in die Parteileitung. Fehr führte eine rigorose Kostenkontrolle ein – und professionalisierte das Fundraising, um den externen Finanzierungsgrad zu erhöhen. Wie eine Nichtregierungsorganisation positioniert sich die SP seither auf dem lukrativen Schweizer Spendemarkt und sammelt für spezifische Kampagnen wie zur Rettung der AHV. Heute generiert die SP auf diesem Weg jährlich eine Million Franken. Regelmässige Spender werden in einen Klub übergeführt, der die SP direkt sponsert und für den Events mit der SP-Prominenz organisiert werden. Laut Fehr wachsen die Bäume auf dem Spendemarkt aber nicht in den Himmel: Der Vorteil des Promieffekts werde durch den schlechten Ruf der Parteien im Volk mehr als kompensiert.

«Mythos der reichen FDP zerschlagen»

Für die Mitteparteien scheint aggressiveres Fundraising derzeit keine Option zu sein – dies passe nicht zum Stil von FDP und CVP, heisst es in den Parteizentralen. Fixen nationalen Mitgliederbeiträgen erwächst in den im Vergleich zur SP wenig zentralistischen Parteien Widerstand aus den Kantonen. Und auch eine Erhöhung der sehr bescheidenen Mandatsabgaben ist nicht vorgesehen. Laut FDP-Generalsekretär Brupbacher muss die Mittelbeschaffung mit der auf Selbstverantwortung und Freiwilligkeit beruhenden Kultur und Struktur der FDP übereinstimmen.

Finanzielle Verbesserungen erhoffen sich CVP und FDP dank nationalen Adresskarteien. Diese dienen zwar in erster Linie der Information und Mobilisierung, stellen aber auch ein Potenzial dar, um Kleinspender zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund ist es laut Brupbacher ein Vorteil, dass die Finanzprobleme der FDP dank der im Zuge der Fusion mit den Liberalen veröffentlichten Bilanz bekannt sind. «Der Mythos der reichen Wirtschaftspartei ist zerschlagen», so der Generalsekretär – was die Spendenbereitschaft von Sympathisanten erhöhen könnte.

Überladenes Fuder beim Biometrie-Pass

Vertrackt war die Ausgangslage für das Geschäft, über das am 17. Mai in einer Referendumsabstimmung entschieden wird, eigentlich nicht. Die Schweiz sollte bis zum Stichtag 1. März 2010 ihr Ausweisesgesetz an das weiterentwickelte Schengen-Recht anpassen. Verlangt wird die Einführung des biometrischen Reisepasses, der auf einem Chip die gespeicherten Fingerabdrücke und ein Gesichtsbild enthält. Ein Teil der Gegnerschaft lehnt die Vorlage schon deshalb ab und fordert die freie Wahl zwischen einem elektronischen und einem herkömmlichen Pass. Praktikabel ist das nicht. Die Schweiz muss ihren Bürgern ein Reisedokument abgeben, das dem internationalen Standard entspricht. Dieser heisst in mittlerweile 54 Staaten inner- und ausserhalb des Schengen-Raums biometrischer Pass. An dessen Einführung führt kein Weg vorbei.

Nicht verlangt wird vom Schengen-Acquis die Speicherung des Chip-Inhalts in einer zentralen Datenbank, gemäss Gesetzesrevision beim Bundesamt für Polizei. Auch für die Abgabe einer Identitätskarte (ID) mit Biometrie-Chip gibt es keinen Zwang von aussen. Trotzdem hat sich der Bundesrat die Kompetenz zur Einführung der Chip-ID geben lassen. Damit hat er das Fuder überladen. Die nur

knappe Zustimmung des Nationalrates war das erste Indiz dafür, das zustande gekommene Referendum das zweite.

Datenbanken sind beliebte Ziele für Hacker und missbrauchs anfällig. Und Zweckerweiterungen lassen nach aller Erfahrung nicht lange auf sich warten. Zwar versichert der Bundesrat, die zentral gespeicherten Fingerabdrücke dürften gemäss Gesetz nicht für Fahndungszwecke verwendet werden. Aber schon heute denken FDP- und SVP-Parlamentsmitglieder laut über die entsprechende Gesetzesänderung nach. «Wir leben in Zeiten, in denen wir uns in der Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit für die Sicherheit entscheiden müssen», lässt sich etwa Nationalrätin Doris Fiala (fdp., Zürich) zitieren.

Um nicht missverstanden zu werden: Diese Diskussion verdient es, geführt zu werden. Aber das muss gewissenhaft und in aller Breite geschehen. Beim Schutz persönlicher Daten ist gerade in liberaler Sicht ein hohes Gut betroffen. Es geht nicht an, mit der Regelung ausweistechnischer Details gleichsam «en passant» auch noch zumindest Vorentscheide darüber zu treffen, wie mit den Fingerabdrücken eines grossen Teils der Bevölkerung zu verfahren ist. Ein Nein gibt Bundesrat und Parlament die Möglichkeit, die Vorlage von diesen Mängeln zu befreien. Die absehbare kleine Verzögerung wird die Schengen-Mitgliedschaft der Schweiz nicht gefährden.

met.

Dossier «Volksabstimmung vom 17. Mai 2009»

Die Schweizer Stimmberechtigten entscheiden am 17. Mai über zwei Vorlagen: den Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin» und die Einführung von elektronisch gespeicherten biometrischen Daten im Schweizer Pass.
www.nzz.ch/dossiers

Keine Experimente im Gesundheitssystem

Der vorgeschlagene Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin», über den der Souverän am Wochenende befinden wird, schreibt vor, dass Bund und Kantone die Komplementärmedizin im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu berücksichtigen haben. Die Befürworter fordern die Anerkennung der Vergütungspflicht für fünf komplementärmedizinische Methoden in der obligatorischen Krankenversicherung. Das steht zwar nicht im Verfassungsartikel, ist aber dessen Stossrichtung.

Die Solidarität aller muss sich jedoch strikt auf medizinische Leistungen beschränken, die naturwissenschaftlichen Standards zu genügen vermögen. Unabsehbare Ausuferungen in der Krankenversicherung wären sonst die Folge. Wenn öffentliche Gelder fliessen und staatliche Stellen eine Medizin mitfinanzieren, müssen deren Methoden nach rationalen Kriterien nachweislich wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sein. So schreibt es auch das Krankenversicherungsgesetz (KVG) vor. Für die meisten Methoden der Komplementärmedizin trifft dies nicht zu. Werden die Kriterien aber aufgeweicht und komplementärmedizinische Leistungen in die Grundversicherung aufgenommen, wird die Abgrenzung zur reinen Wohlfühl-Medizin beliebig. Weitere Begehren werden folgen.

Die Komplementärmedizin ist beliebt. Sie gilt bei vielen als die sanftere Medizin im Gegensatz zur als hochtechnisiert wahrgenommenen Schulmedizin. Es ist ihr denn auch durchaus ein Platz im Gesundheitssystem zuzugestehen. Doch dieser befindet sich auf dem freien Gesundheitsmarkt, bei den Zusatzversicherungen und nicht bei der obligatorischen und solidarisch finanzierten Grundversicherung. Die Kosten in der Grundversicherung belaufen sich heute auf über 20 Milliarden Franken jährlich. Eine vierköpfige Familie bezahlt je nach Kan-

ton gegen 800 bis gar fast 1000 Franken Krankenkassenprämien monatlich. Und für 2010 sind Prämiensteigerungen von 10 Prozent und mehr zu erwarten. Der Gesundheitsminister ringt dieser Tage um Einsparmöglichkeiten. Wie viel die Aufnahme der Komplementärmedizin in die Grundversicherung kosten würde, ist umstritten. Bei den stetig steigenden Gesundheitskosten sind Experimente nicht zu verantworten. Es darf keine Grosszügigkeit geben, denn dabei drohen unabsehbare Kostenfolgen in der Krankenversicherung.

Anzeige

INVESTIEREN

IMMOBILIEN-ANLAGE OHNE STEUERN

INVESTIEREN SIE IN SOLVALOR 6.1, DEN ERSTEN FÜR DIE ANLEGER VOLLSTÄNDIG STEUERFREIEN IMMOBILIENFONDS DER SCHWEIZ.
DIE ERZIELTE PERFORMANCE IST KEINE GARANTIE FÜR ZUKÜNFTIGE ERTRÄGE.

SOLVALOR FUND MANAGEMENT
PI. Saint-François 5 - PF 7491 - 1002 LAUSANNE
TEL. 058 404 03 00 - WWW.SOLVALOR.CH

INHALT

Die Jungen machen Druck Jungparteien machen zurzeit vermehrt von sich reden. Der selbstbewusste Auftritt macht auch keinen Halt vor den eigenen Mutterparteien.	15
Testfall für den Wissenschaftsstandort Die Debatte um das Votum eines Ethikers zum Bankgeheimnis wirft Fragen um Freiheit und Verantwortung von Wissenschaftlern auf.	16
Briefe an die NZZ	17